

NZZ



Der andere Blick

von Eric Gujer

Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung»

Lieber Herr

Heute geht es um junge Menschen, die sich vom Sozialismus angesprochen fühlen und um Russen, die nicht in den Westen reisen dürfen. Doch zunächst zum Kommentar.

Thema der Woche: Die Volksparteien im Niedergang – das schafft Platz für eine Erneuerung



Auf Halbmast: Bei den Volksparteien geht die Existenzangst um.

Dirk Krüll / Laif

Es gibt Zeiten, in denen die Fundamente einer Ordnung in Bewegung geraten.

Für einen Augenblick scheint alles möglich, alles wirkt fluid und transparent. Dann verfestigt sich das Bild wieder. Einen solchen Moment erlebt die deutsche Parteienlandschaft.

CDU/CSU und SPD sind auf dem Kontinent die Letzten, die in Reinkultur ein System repräsentieren, das nach dem grossen Krieg Europa wieder aufgebaut hat: Christliche und sozialistische Demokraten konkurrierten und arbeiteten doch punktuell zusammen.

Die einen hatten den klerikalen Konservatismus hinter sich gelassen, die anderen die Weltrevolution – und dennoch standen sie für zwei klar unterscheidbare ideologische Pole.

Die Parteien verwalten den Sachzwang

Fast in ganz Europa ist dieses im Kalten Krieg so erfolgreiche Gespann verschwunden, etwa in Frankreich, Italien oder den Niederlanden.

Neue, populistische und nationalistische Bewegungen füllen die Leerstelle, welche die Parteien von Jean Monnet, Robert Schuman und Alcide De Gasperi hinterlassen haben.

Umso erstaunlicher ist es, dass es so lange gedauert hat, bis das alte Duopol auch in Deutschland wankt. Nicht nur die Partei Konrad Adenauers schafft sich gerade ab.

Die Symptome des Untergangs sind evident.

Bundesweit kommen Union und SPD in Umfragen nur noch auf ein Drittel der Stimmen. Erstmals ist die CDU in Sachsen-Anhalt aus einem Landtag gefallen.

Die Sozialdemokratie betrachtet es als Erfolg, wenn sie in Ostdeutschland noch die Fünfprozenthürde überwindet.

Die [Wahlverliererin Manuela Schwesig](#) feiert sich in Mecklenburg-Vorpommern als Wahlsiegerin, weil sie sich voraussichtlich – nun mit einer mühsam zusammengekratzten Dreierkoalition – an der Macht halten kann.

Überall triumphiert die AfD. Die Partei von Alice Weidel und Ulrich Siegmund holt nach, was Silvio Berlusconi und Jean-Marie Le Pen schon vor Jahrzehnten gelang. Auch hier ist Deutschland eine verspätete Nation. Nun wird sie zu einem europäischen Normalfall.

Wenn es aber eine Einzelperson gibt, die in der Bundesrepublik zum Totengräber des alten Duopols wurde, dann ist es Angela Merkel. Sie arbeitete zielgerichtet darauf hin, die ideologischen Unterschiede zwischen Union und SPD zum Verschwinden zu bringen.

Geradezu erbarmungswürdig war es, wie Merkel und ihre sozialdemokratischen Herausforderer Steinmeier und Steinbrück in TV-Duellen Kontroversen simulierten.

Im Bundestagswahlkampf 2013 trat eine ganz grosse Koalition von Grün bis Schwarz an. Bei den Themen Euro, Atomkraft, Wehrpflicht und Klima, also in allen relevanten gesellschaftlichen Fragen, war man sich weitgehend einig.

Gestritten wurde nur noch über Details. Zu Recht konnte Merkel ihre Politik als «alternativlos» bezeichnen. Im Reich des Sachzwangs gab es keine Alternative.

Die Bundestagswahl war damit ihres Wesenskerns beraubt: eine echte Auswahl zu bieten.

Bundestagswahlen ähnelten noch nicht Parlamentswahlen in Russland, aber die Demokratie war in einem entscheidenden Punkt in einer Schrumpfform angelangt.

Wenn Wahlen keine Auswahl bieten, bewirken sie nichts mehr. Sie werden bedeutungslos. An die Stelle von Politik tritt eine äussere und weitgehend entpolitisierte Hülle.

Es war nur eine Frage der Zeit, bis der Demos sich seine Handlungsmacht zurückholen und darauf bestehen würde, dass er mit seiner Entscheidung etwas Bedeutungsvolles bewirkt.

Friedrich Merz ist der Letzte, der für den Niedergang seiner Partei und der alten Doppelherrschaft Verantwortung trägt. Seine Tragik besteht darin, dass er – der eingeschworene Gegner Merkels – [zu ihrem Nachlassverwalter](#) wurde.

Der Kanzler muss in der christlich-sozialistischen Einheitskoalition Merkels regieren. So ist es kein Wunder, dass seine Regierung vor allem Einheitsbrei produziert, der niemanden zufriedenstellt und vor allem den Herausforderungen der Zeit nicht gerecht wird.

Schlimmer noch: Die Union, die Sozialdemokratie und ihr grüner Wurmfortsatz scheinen immer noch zu glauben, sie hätten einen moralisch begründeten Herrschaftsanspruch. Sie reagieren empört, wenn die AfD scheinbar alternativlose Dinge fundamental infrage stellt.

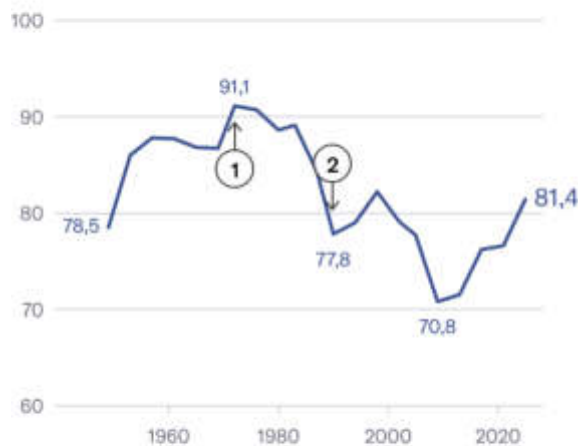
Die AfD wird auf diese Weise zum Katalysator einer Repolitisierung. Sie ist daher auch für Wähler attraktiv, die mit der widersprüchlichen und in Teilen völkischen Agenda der Partei wenig anfangen können.

Diese Bürger sind keine «Protestwähler», wie es abschätzig heisst. Sie wollen nur mit ihrer Stimme etwas bewirken.

Die Repolitisierung äussert sich auch in der markant gestiegenen Wahlbeteiligung. Diese ist eine schallende Ohrfeige für die etablierten Kräfte. Sie hatten die Wähler zu Hunderttausenden von den Urnen vertrieben. Die AfD holt die Enttäuschten, die Verdrossenen und die Abgehängten zurück.

Höchste Wahlbeteiligung seit der Wiedervereinigung

Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen in Deutschland von 1949 bis 2025, in Prozent



① Die SPD erreicht 1972 mit Willy Brandt ihr bestes Ergebnis aller Zeiten.

② Wiedervereinigung

Bis einschliesslich 1987 beziehen sich alle Daten auf die alte Bundesrepublik (Westdeutschland) ohne Berlin West.

Quelle: Statista

NZZ / ski.

Das Volk erobert sich die Politik zurück

Viele Ostdeutsche kritisieren die Einseitigkeit des öffentlichrechtlichen Rundfunks. Trotz seiner Verpflichtung zur Ausgewogenheit macht er die im Osten verbreiteten Überfremdungsängste oder die Impfskepsis verächtlich.

Die Landesregierungen ignorierten den Unmut jedoch hartnäckig. Jetzt besetzt die AfD die Leerstelle und will den für Sachsen-Anhalt zuständigen Sender MDR in seiner heutigen Form auflösen.

Solange die duale Rundfunkordnung erhalten bleibt, ist das weder verfassungswidrig noch rechtsradikal, wie die etablierten Parteien und Medien (allen voran der in eigener Sache agitierende MDR) behaupten.

Es ist nur ein Beispiel dafür, wie die AfD eine lange verdrängte Forderung auf die Tagesordnung setzt. So funktioniert Repolitisierung – allerdings um den Preis einer weiteren Zerstörung der bestehenden Ordnung.

Das Volk ist der Souverän und bekräftigt dies mit gelegentlichen Tabubrüchen.

Die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie ist daran gewöhnt und begegnet dem mit Gelassenheit.

Deutschland erlebt die demokratische Disruption mit der Verwandlung der AfD in die einzige Volkspartei. Grösser könnte die Aufregung über den Tabubruch nicht sein. Aber der Ausnahmezustand unterstreicht nur, von wem die Staatsgewalt ausgeht: vom Demos und nicht von den Parteien und den Medien.

Die SPD schaut ihrem Bedeutungsverlust seit Jahren tatenlos zu. Alles über fünf Prozent scheint irgendwie in Ordnung zu sein. Die Partei muss froh sein, wenn sie ihre letzten Hochburgen in Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen verteidigen kann.

Dass sie jetzt das im Sommer mit viel Tamtam verabschiedete Reformpaket der Bundesregierung wieder aufschnürt, zeigt nur, wie kopflos sie agiert. Auch der begriffsstutzigste Wähler versteht, dass die Sozialdemokratie keine Strategie hat und sich von Panikattacken treiben lässt.

Die Union hat die Wahl. Sie kann sich an die SPD klammern oder – wenn auch das nicht mehr reicht – an ein Bündnis mit drei oder vier

Parteien. Alles wird immer beliebiger. So sichert sie vorläufig die Macht, geht ihrem Niedergang aber umso gewisser entgegen.

Oder die Union entsorgt die Denkverbote. Sie bestimmt zunächst ihre politischen Anliegen und sucht sich dann die passenden Partner.

Inhalte first, Bündnisse later.

Der Wahlausgang im Land Berlin bietet die Möglichkeit eines Befreiungsschlags. [Sollen doch SPD und Grüne eine Regierung unter der Führung der Linkspartei bilden.](#)

Wenn eine Koalition mit einer Partei möglich sein soll, die voller Antisemiten ist, die [Beziehungen zur organisierten Kriminalität](#) unterhält und sich mit Unterstützern des arabischen Terrorismus umgibt, dann ist in Deutschland jede Koalition möglich. Auch eine mit der AfD.

Die Brandmauer-Debatte erledigt sich von selbst.

Vor allem kann sich die Union dann inhaltlich abgrenzen: gegen [Enteignungen](#), Antisemitismus und «postmigrantische» Ideologie. Für Marktwirtschaft; für die Verantwortung vor der deutschen Geschichte und gegenüber allen Formen von totalitären Ideologien; für eine Migrationspolitik, die nicht Kriminelle und Gewalttäter ins Land holt.

Die Krise des Parteiensystems ist eine Chance für die Demokratie. Die Union kann ihren Weg fortsetzen und achselzuckend zur Kenntnis nehmen, wie der Begriff der Mitte zum Synonym für denkfaulen Opportunismus verkommt. Oder sie wird selbst zum Agenten der Repolitisierung.

Im Grundgesetz heisst es: «Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit.» Die Parteien verstanden den Artikel 21 als

Selbstermächtigung, als Aufforderung, sich den Staat zur Beute zu machen.

Man kann den Satz indes auch anders lesen. Parteien gehören zur Demokratie, sie sind aber nicht das Entscheidende. Sie kommen, und sie vergehen. Parteien sind kein Selbstzweck. Entscheidend ist, welche Politik sie betreiben.

Meine Highlights aus der «Neuen Zürcher Zeitung»

Partei-Ikone der deutschen Linken und Rechtsanwalt: Gregor Gysi.

Hannes Jung für NZZ

- **Gregor Gysi im Streitgespräch:** Der Linken-Politiker wehrt sich gegen Antisemitismusvorwürfe, spricht über die AfD und erklärt, warum junge Menschen wieder für den Sozialismus empfänglich seien. [Zum Interview](#)
- **Reisen als Waffe gegen Putins Propaganda:** Je weniger Russen den Westen selbst erleben können, desto leichter lässt sich dessen Feindbild vermitteln. Reisebeschränkungen könnten dem Kreml deshalb in die Hände spielen. [Zum Bericht](#)
- **Wie lässt sich Radikalisierung stoppen?** Psychologe Ahmad Mansour warnt vor einer Gesellschaft, die Andersdenkende zunehmend als Feinde betrachtet – und erklärt, was dagegen helfen könnte. [Zum NZZ-Podcast](#)

Gefällt Ihnen «Der andere Blick»? Dann leiten Sie diesen Newsletter an Ihre Freunde weiter.

Haben Sie diesen Newsletter von einem Freund erhalten? [Melden Sie sich hier für den werktäglichen Newsletter «Der andere Blick am Abend» an.](#)

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

Eric Gujer

NZZ



[Alle NZZ-Newsletter im Überblick](#)

[Diesen Newsletter abbestellen](#)

Jetzt die NZZ-App herunterladen:



[Kontakt](#) [AGB und Datenschutz](#) [Impressum](#)